

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 118. Ratssitzung vom 28. September 2016

2262. 2015/253

Weisung vom 19.08.2015:

Volksinitiative «Faires Wahlrecht für Züri – jede Stimme zählt!», Ablehnung

Antrag des Stadtrats

Zuhanden der Gemeinde:

Die Volksinitiative «Faires Wahlrecht für Züri – jede Stimme zählt!» vom 25. September 2014 wird abgelehnt.

Ernst Danner beantragt die persönliche Begründung der Einzelinitiative gemäss § 138b Abs. 2 GPR.

Anwesend sind 119 Ratsmitglieder (Quorum = 30 Stimmen).

Der Rat stimmt dem Antrag von Ernst Danner mit 116 Stimmen zu, womit das Quorum gemäss § 138b Abs. 2 GPR erreicht ist.

Referent zur Vorstellung der Weisung:

Markus Hungerbühler (CVP): Die Volksinitiative verlangt, dass jede Listengruppe unabhängig von der Erreichung des Quorums an der Sitzverteilung teilnimmt. Der Stadtrat hat darauf verzichtet, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Bis anhin war es so, dass eine Partei an der Sitzverteilung teilnehmen konnte, wenn sie in mindestens einem der städtischen Wahlkreise 5 % der Listenstimmen erhielt. Die Initiative möchte das Quorum ersatzlos aufheben. Zu den politischen Entscheidungen der Vergangenheit kann man folgendes sagen: Das Volk hat 2004 der Wahlkreisreform zugestimmt. Bereits 2011 wurde in einer Einzelinitiative die Reduzierung des Quorums auf 2 % verlangt. Das Volk hat dies klar verworfen. Das Bundesgericht hat die Hürde im Jahr 2014 als sachlich haltbar beurteilt. Eine grosse Zersplitterung der Parteien und Gruppierungen könnte die Arbeit im Parlament erschweren und unter Umständen auch die Stellung des Parlaments gegenüber der Regierung und Verwaltung schwächen. Das Bundesgericht hat mit diesem Entscheid an seiner Praxis festgehalten. Bereits 1977 kam es zum Schluss, dass ein Quorum von 10 % bei der Wahl des Walliser Kantonsparlaments mit dem Wahlsystem vereinbar ist. Die Erfahrungen mit dem Quorum sehen folgendermassen aus: 2006 schieden etliche Parteien bei der Verteilung wegen des Quorums aus. 2010 sah es ähnlich aus. 2014 wurde das Quorum der EVP, BDP, den Schweizer Demokraten und weiteren kleineren Gruppierungen zum Verhängnis. Sechs Parteien und Gruppierungen erreichten das Quorum nicht. Es besteht die Gefahr einer Atomisierung, wenn das Quo-

rum herabgesetzt oder abgeschafft wird. Mit einem Quorum von 5 % ist sichergestellt, dass das politische Interesse mit einem sichtbaren Gewicht abbildbar ist. Zusammenfassend kann man festhalten, dass an der Hürde festgehalten werden soll. Aus diesen Gründen lehnt der Stadtrat die Volksinitiative ab.

Ernst Danner nimmt namens des Initiativkomitees Stellung: Die Mitglieder des Gemeinderats sind nicht nur für sich selber da, sondern auch für die Wählerinnen und Wähler. Jedes Mitglied der SP sitzt für etwa 700 Wählerinnen und Wähler im Gemeinderat, jedes Mitglied der AL sitzt für etwa 670 Wählerinnen und Wähler im Gemeinderat. Es wurden die Besten und Fähigsten ausgesucht, die hier drin das Volk vertreten sollen. Das System ist einfach und im Grunde genommen ist es auch die dahinterliegende Arithmetik. Alle, die etwa 750 Wählerinnen und Wähler hinter sich scharen können, bekommen einen Sitz in diesem Parlament. Wir sind uns sicher einig, dass jede Person, die an der Wahl teilnimmt, eine Chance bekommen soll, dass ihre Stimme zählt. Jeder Wahlzettel muss gezählt und gewichtet werden. Eigentlich würde man erwarten, dass jeder Wahlzettel Gewicht hat. Dies ist nicht so. Bei den Wahlen zählen die Wahlzettel, die einer Partei gegeben werden, welche die 5-Prozent-Hürde nicht erreicht, nicht. Das widerspricht dem Grundprinzip, dass jede Stimme gleich gewichtet wird. Das Bundesgericht, das die Beschwerde der Piraten abgewiesen hat, stimmt dem Grundsatz zu. Es sagt, die Anzahl der nicht gezählten Stimmen müsse minimiert werden. Es ist kein Argument für das Quorum, dass damit klare, saubere Mehrheiten erreicht werden. Der Gemeinderat nickt nicht einfach die Vorlagen des Stadtrats ab. Wir haben eine direkte Demokratie und das Parlament funktioniert unabhängig von der Exekutive. Das Bundesgericht betont, dass die Erfolgswertgleichheit gewährleistet sein muss. Nichtsdestotrotz sagte es, dass die Bedenken, eine Reduzierung des Quorums würde zu Zersplitterung führen, gerechtfertigt seien. Deshalb wurde die Beschwerde abgewiesen. Der Beweis ist nicht erbracht. Das Gespenst der Zersplitterung sitzt auch dem Stadtrat im Nacken. Der Stadtrat argumentiert genauso. Wir haben eine Demokratie, die seit mehr als 100 Jahren funktioniert. Wir sind bislang mit allen Splitterfraktionen zurechtgekommen. Auch der Gemeinderat ist problemlos fähig, mit Einzelpersonen, die unterschiedliche Rollen wahrgenommen haben, zurechtzukommen. Ein Problem sind nicht die Kleinen, sondern die Kleinen, die wachsen und so gross werden, dass sie Einfluss bekommen. Das Zersplitterungsgespenst habe ich noch nie wahrgenommen. Bei einer Wahlversammlung sagt man nicht, es sei zersplittert, wenn alle kommen. Ein mittelmässiger Gemeindepräsident kann damit umgehen. Umso mehr sollte ein Parlament damit umgehen können. Ich bitte Sie, nicht diesem Angstgespenst aufzusitzen und der Initiative zuzustimmen. Es wurden bei der letzten Abstimmung 5000 Stimmen nicht gewichtet. Dies hätte 7 Sitze ergeben. Wenn ich dies mit den 700 Stimmen, die jeder Parlamentarier besitzt, vergleiche, handelt es sich um keine Bagatelle. Es sind 5,5 % aller Wählerinnen und Wähler, die nicht an die Wahl hätten gehen müssen. Es ist nichts als richtig, wenn auch diese Wählerinnen und Wähler im Gemeinderat vertreten sind. Gerade die kleinen Gruppierungen haben häufig eine Antennenfunktion. Sie können Strömungen aufnehmen und es ist sinnvoll, sie parlamentarisch aufzunehmen. Nun möchte ich kurz auf den Gegenvorschlag der Grünen eingehen. Wir haben im überparteilichen Initiativkomitee darüber diskutiert, ob wir eine Änderung der Wahlkreise anstreben sollen. Insbesondere stand ein Einheitswahlkreis zur Diskussion. Wir haben davon abgesehen,

weil jede Änderung der Einteilung der Wahlkreise nicht nur am Quorum etwas ändert, sondern auch an der Frage der Quartiersbezogenheit. Dies sind zwei unterschiedliche Aspekte, welche die Stimmbürger und Stimmbürgerinnen nicht vermischen wollen. Der Vorschlag der Grünen bringt eine Verbesserung, weil er die Rundungsproblematik abmildert und das Quorumproblem löst. Deshalb sympathisiere ich auch mit dem Gegenvorschlag.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsanträge und Schlussabstimmung

Markus Hungerbühler (CVP): *Die Mehrheit des Büros ist der Ansicht, dass diese Initiative angenommen werden sollte. Aus unserer Sicht ist die Hürde undemokratisch. Jeder Bürger besitzt ein Stimmrecht und sollte dies nutzen können. Bei den letzten Wahlen wurden 5,67 % der Leute, die ihre Stimme abgegeben haben, nicht berücksichtigt. Weil die entsprechenden Gruppierungen die Hürde nicht überschritten haben, waren die Stimmen nutzlos. Die Mehrheit ist klar der Ansicht, dass ein Votum gelten muss. Es ist untragbar, dass eine solche Hürde eingebaut wird, die einen Teil ausschliesst. Die Mehrheit betrachtet die Ansicht des Stadtrats als kleingeistig und schwach. Die Erfahrung anderer Parlamente zeigt, dass es durchaus möglich ist, dass ein Parlament ohne derartiges Quorum funktionieren kann.*

Martin Bürki (FDP): *Das aktuelle Wahlrecht wurde 2004 mit 81 % der Wählerstimmen angenommen. In den letzten Jahren gab es Versuche, das Wahlrecht zu ändern, alle sind an der Urne gescheitert. 2011 gab es eine Initiative, das Quorum von 5 % auf 2 % zu senken. Auch diese ist klar gescheitert. Dies zeigt, dass die Bevölkerung das Wahlsystem als fair betrachtet. Federführend bei der Initiative sind diejenigen Parteien, die nach der Einführung des neuen Wahlrechts den Sprung ins Parlament nicht mehr geschafft haben. Das aktuelle System verhindert eine Zersplitterung des Parlaments durch Kleinparteien und Kleingruppierungen ohne Fraktionsstärke. Wir haben ein Milizparlament und unsere Aufgabe ist es, die Stadtverwaltung zu kontrollieren und neue Weisungen zu diskutieren und zu beschliessen. Auf der anderen Seite haben wir die Stadtverwaltung, welche die Aufgabe hat, die entsprechenden Weisungen auszuarbeiten. Damit wir als Parlamentarier die Möglichkeit haben, auf gleicher Ebene mit der Stadt zu diskutieren, ist eine gewisse Spezialisierung notwendig. Deshalb gibt es die Spezialkommissionen. Kleinparteien ohne Fraktionsstärke sind aus der Kommissionsarbeit ausgeschlossen und können ihren Input erst im Parlament einbringen, wenn alle Parteien und Fraktionen bereits entschieden haben, wie sie abstimmen werden. Die Positionen der Kleinstgruppierungen hätten somit keine Auswirkung mehr. Nun möchte ich noch zum Gegenvorschlag sprechen. Auch beim Gegenvorschlag der Grünen ist es interessant zu sehen, wer ihn eingereicht hat. Solche Vorschläge werden immer von Parteien eingereicht, die auf Kosten der anderen Parteien mehr Sitze erhalten wollen. Der Gegenvorschlag würde bewirken, dass Gruppierungen, die stark in den Quartieren verankert sind, weniger Stimmen erhielten als andere Parteien. Zürich hat eine lange Geschichte, die Quartiere und Wahlkreise basieren auf dieser. Die Grünen möchten diese historisch gewachsenen Wahlkreise niederreißen. Beispielsweise würden die Wahlkreise 2, 4 und 9 in einem Wahlkreis zusammengefasst werden. Die Quartiere haben völlig verschiedene Probleme und Prioritäten. Das momentane Wahlsystem stellt sicher, dass aus jedem*

Quartier und Wahlkreis Vertreter im Parlament sind. Bei einer Vergrößerung der Wahlkreise ist dies nicht sichergestellt. Es wäre bei der Annahme des Gegenvorschlags durchaus möglich, dass ein Kreis keine Vertreter im Gemeinderat hätte. Die grösseren Wahlkreise verhindern eine Mandatsverschiebung, es stellt sich jedoch die Frage, zu welchem Preis dies geschieht. Es gäbe Wahllisten, die über 50 Leute umfassten. Dies würde es erschweren, eine gute Wahl zu treffen.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Wir haben einen Gegenvorschlag eingereicht, der allen juristischen Abklärungen standhielt. Die Grünen schlagen in ihrem Gegenvorschlag das vor, was der Stadtrat in seiner Weisung darlegt. Ein reines Verhältniswahlrecht fordert, dass entweder möglichst grosse und gleichgrosse Wahlkreise vorausgesetzt werden, denen viele Sitze zustehen. Alternativ kann es ein Wahlgebiet geben, das als Einheitswahlkreis ausgestattet ist. Wir wissen, wir haben 125 Parlamentarier, ein Einheitswahlkreis wäre nicht durchführbar. Die vorgeschlagenen drei Wahlkreise würden etwa 60 Parlamentarier pro Wahlkreis ergeben. Winterthur handhabt dies auch so. Mit der Wahlkreisreform könnte man den Willen der Wählerschaft genauer im Parlament abbilden. Wir fordern somit nicht nur die Abschaffung des Quorums, sondern eine Wahlkreisreform, die vorsieht, dass drei gleichgrosse Wahlkreise geschaffen werden. Heute sind die Wahlkreise sehr unterschiedlich. Der kleinste Wahlkreis hat 9 Wahlkreissitze, der grösste Wahlkreis hat 22 Sitze. Mit der Wahlkreisreform könnte die Voraussetzung geschaffen werden, welche der Erfolgswertgleichheit der Wählenden besser entspricht, als dies die Initiative vorschlägt. Es erschliesst sich mir nicht, warum es Parteien gibt, die die Initiative unterstützen, aber den Gegenvorschlag nicht mittragen wollen. Genau mit dem Gegenvorschlag könnte man den Willen der Wählenden besser abbilden. In der Kommission stand lange ein zweiter Gegenvorschlag im Raum, der besagt, man wolle ein Quorum von 3 % über die ganze Stadt. Dies widerspricht dem Gesetz über die politischen Rechte. Dies haben alle Instanzen bestätigt.

Weitere Wortmeldungen:

Mark Richli (SP): Die SP hat zu diesem Thema Stimmfreigabe beschlossen. Ich gehöre zur Minderheit, welche die Initiative befürwortet. Es wurde bereits mehrfach über die Veränderung des Wahlsystems abgestimmt. Nichtsdestotrotz ist die Prozenzhürde problematisch. Es ist stossend, dass es Leute gibt, die an den Wahlen teilnehmen und den Wahlzettel eigentlich genausogut wegwerfen könnten. Es soll jede Stimme zählen. Ich behaupte nicht, dass das jetzige System undemokratisch ist. Es bildet aber den Willen der Wählerinnen nicht adäquat ab. In England ist es noch extremer. Dort gibt es pro Wahlkreis nur eine Person, die gewinnt, und alle Stimmen, die nicht an diese Person gingen, zählen nicht. Auch England ist eine Demokratie. Trotzdem wäre es schön, wenn alle ihren Willen ausdrücken könnten. Es wird immer wieder gesagt, es gebe eine Zersplitterung des Parlaments. Martin Bürki (FDP) führte an, dass die Leute nicht in den Kommissionen sind. Früher gab es schon kleinere Fraktionen, beziehungsweise Nichtfraktionen. Diesen ist es freigestellt, sich zusammenzuschliessen zu einer Fraktion. Hier gibt es Möglichkeiten, dass die Mitsprache in den Kommissionen ermöglicht wird. Aktuell haben wir ein Parlamentsmitglied, das alleine entscheiden kann. Dies liegt nicht am Wahlsystem, sondern an einer Kurzschlusshandlung der SVP-Fraktion. Dies macht es

nicht einfacher. Wir müssen miteinander reden und versuchen, das Zünglein an der Waage zu überzeugen.

Dr. Davy Graf (SP): Die Linke hat das Proporzwahlrecht in der Schweiz erkämpft. Wir sind uns einig, dass das Majorzsystem ungerecht ist. Mit dem Proporzsystem ist die Möglichkeit für Parteien, im Parlament mitzumachen, gross. Unser Parlament ist ein gutes Beispiel dafür. Derzeit sind 7 Parteien im Parlament abgebildet. Es gibt immer eine Körnigkeit. Diese ist immer durch die Anzahl Sitze gegeben. Deshalb ist es nur fair und ehrlich, dass ein direktes Quorum existiert. Mit den 5 % befinden wir uns in einem Bereich, der vom Bundesgericht als angemessen betrachtet wurde. Der Wille des Wahlvolks wird adäquat abgebildet. Aus Sicht der Betroffenen ist es natürlich anders. Im Wahlkreis 11 brauchte es 2014 640 Leute, die eine bestimmte Liste eingeworfen haben. Im Kreis 12 waren es nur 200 Leute. Die Hürde ist nicht unermesslich. Im Majorzsystem stehen sich Blöcke gegenüber. Wichtig sind die Lesbarkeit der Parlamentsentscheide und eine gewisse Berechenbarkeit. Wir sind als Gemeinderat dem Wahlvolk verpflichtet. Wir müssen jeden Mittwoch entscheiden. Unsere Entscheidungen benötigen eine gewisse Kontinuität und eine gewisse Berechenbarkeit. Andernfalls ist es für die Wählerinnen und Wähler unmöglich, abzuschätzen, ob das Parlament den eigenen Willen angemessen repräsentiert oder ob die Entscheide durch Zufall oder eine Zersplitterung der Mittelparteien zustande gekommen sind. Das Quorum ist deshalb keine Strafe für Klein- und Kleinstparteien. Es stärkt die Demokratie. Man darf nicht vergessen, dass unsere Demokratie von grossem Einsatz von uns allen lebt. Wir wissen alle, dass die finanzielle Unterstützung für politische Parteien nicht üppig ist. Es braucht viel Freiwilligenarbeit. Parteien, die das Quorum erreichen, tragen die Verantwortung. Mit 5 % haben wir eine gute Hürde. Minderheiten in der Stadt sind fair repräsentiert.

Markus Hungerbühler (CVP): Wenn man das Quorum als Stärkung betrachtet, dann ist das tatsächlich eine Stärkung. Es geht objektiv betrachtet um die Macht und Arroganz der grossen Fraktionen. Dies ist eine Tatsache. Es war schon immer so, dass jede Stimme zählen soll. Mit dem Quorum wird verhindert, dass ein nicht unbeachtlicher Teil der Stimmen weggeworfen wird. 2014 waren es 5,67 %. Theoretisch wäre es möglich, dass mehrere kleine Parteien ganz knapp an der Hürde scheitern. Dann werden unter Umständen 20 oder 25 % der Wählenden von der Sitzverteilung ausgeschlossen. Es geht um ein Machtkartell, das erhalten werden soll. Ich bin der klaren Überzeugung, dass die Stimmwertgleichheit verletzt wird. Gewisse Stimmen sind nichts wert. Der Vergleich mit den Wahlen in Grossbritannien oder Frankreich ist sachlich nicht gerechtfertigt. Dort gibt es ein Majorzwahlrecht. Wir haben ein Proporzwahlrecht. Derzeit ist das System bis zu einem gewissen Grad eingeschränkt. Wir müssen auch Einzelvertreter vertragen können.

Matthias Wiesmann (GLP): Für uns sind drei Aspekte ausschlaggebend für die Annahme der Initiative. Wir stehen für eine Vielfalt von Parteien und Ideen auch im Gemeinderat. Eigentlich ist der Gemeinderat eine Gemeindeversammlung, welche die Bevölkerung abbilden soll. Das Volk soll in seiner ganzen Vielfalt vertreten werden. Über 5 % der Bevölkerung sind im Gemeinderat nicht vertreten. Selbstverständlich gibt es das natürliche Quorum von 0,8 %. Dieses ist gerechtfertigt. Es sind etablierte oder neue

Parteien mit einer gewissen Struktur, die vom Quorum betroffen sind. Für uns ist eine vielfältige Vertretung ein Gewinn. Man muss mehr Leute von seinem Anliegen überzeugen. Es sind gute Argumente gefragt, um eine Mehrheit gewinnen zu können. Wir haben jetzt zwei Blöcke und schauen dann, was Dr. Mario Babini (parteilos) macht. Es wäre besser, wenn es mehr Leute gäbe, die wir überzeugen müssen. Man kann sich auch zu Fraktionen zusammenschliessen. Ein Vertreter der BDP kann sich der CVP anschliessen oder mit der EVP gemeinsam eine Fraktion bilden. Markus Hungerbühler (CVP) hat schon gesagt, dass die grossen Parteien Angst haben, dass sie Sitze verlieren würden. Es kann aber auch die mittleren und kleinen Parteien treffen. Es wird nicht mehr auf Argumente vertraut, man will die Pfründe sichern. Es ist immer gut, wenn mehr Ideen in einem Parlament vorgebracht werden. Dann wird das Ergebnis besser. Nun möchte ich kurz auf den Gegenvorschlag der Grünen eingehen. Selbstverständlich kann man darüber diskutieren, dass grössere Wahlkreise den Wählerwillen exakter abbilden würden. Es scheint trotzdem besser, dem Stimmvolk nur die Frage zum Quorum vorzulegen. Wir wollen die Abstimmung nicht überladen.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Wir Grünen unterstützen selbstverständlich die Volksinitiative. Wir wollen ein faires Wahlrecht für Zürich. Wir wollen, dass jede Stimme zählt und nicht, dass, wie bei der letzten Abstimmung, 5,67 % aller eingegangenen Stimmen ohne Relevanz bleiben. Es handelt sich immerhin um über 70 000 Parteistimmen, die nicht berücksichtigt worden sind. Das ist eine stattliche Zahl. Die Erfolgswertgleichheit der Wählenden hat die Grünen schon länger beschäftigt. Wir stören uns auch heute noch daran, dass die Kleinen gegenüber den grossen Parteien benachteiligt sind. Wir haben uns auch 2009 für die Reduktion des Quorums eingesetzt. Wir sind der Ansicht, dass das Thema nach den Wahlen 2014 nochmals diskutiert werden sollte. Es ist eine grosse Zahl an Parteistimmen verloren gegangen. Es könnte den Effekt haben, dass die Wähler und Wählerinnen, die nicht berücksichtigt wurden, ihre Stimme lieber einer grösseren Partei geben, damit die Stimme nicht verloren geht. Das ist nicht sinnvoll. Die Befürchtung einer Zersplitterung oder Atomisierung teilen wir nicht. Im Gegenteil, die politische Diskussion würde profitieren, wenn mehr Fraktionen und Parteien im Rat vertreten wären. Der Stadtrat und die FDP unterschätzen das Potential kleiner Parteien und von Einzelpersonen, wenn gesagt wird, dass nur Parteien mit Fraktionsstärke politisch ein sichtbares Gewicht haben. Ich erinnere an die Rolle von Dr. Mario Babini (parteilos) bei der letzten Budgetdebatte. Auch kleinere Parteien können ihre Anliegen einbringen und dafür Mehrheiten erhalten. So haben beispielsweise die Schweizer Demokraten an einem Budgetabend den automatischen Teuerungsausgleich eingebracht. Dieser fand überraschend eine Mehrheit. Die Argumentation von Dr. Davy Graf (SP) ist problematisch, weil nur aus Sicht derjenigen, die bereits im Parlament sind, argumentiert wird. Wir wollen in diesem Parlament das abbilden, was sich die Bevölkerung wünscht. Wenn gesagt wird, diese Blockabstimmungen seien lesbarer, dann teile ich die Ansicht nicht. Es geht bei dieser Vorlage darum, die an der Wahl abgegebenen Stimmen zu werten.

Urs Fehr (SVP): 2010 bis 2014 habe ich die EVP erlebt und fand es schwierig. Kleine Parteien sind schwierig. Sie erhalten Macht, die ihnen eigentlich nicht zusteht. Kleine Parteien sind unberechenbar und erhalten ein Selbstvertrauen, das grenzwertig ist. Wir von der SVP finden das jetzige System gut. Wir müssen nichts ändern. Die Bürger sind

mündig. Jedes Gedankengut ist in den etablierten Parteien vertreten. Man kann diese Parteien wählen. Die kleinen Parteien sind unnötig, sie erschweren den Ratsbetrieb. Sie sind nicht in den Kommissionen vertreten, sie haben nicht das notwendige Wissen. Sie werden bearbeitet. Wir haben dies bei der Budgetdebatte mit Dr. Mario Babini (parteilos) erlebt. Es braucht nicht mehr Parteien. Das Stimmvolk hat das Quorum bestätigt. Die kleinen Parteien können sich nicht eingestehen, dass sie nicht benötigt werden.

Niklaus Scherr (AL): Es ist arrogant, wenn gesagt wird, man könne den Stimmzettel auch wegwerfen. Ebenso arrogant ist es, wenn Dr. Davy Graf (SP) sagt, dass die Institutionen bei einer Veränderung des Systems nicht funktionieren würden. Diese Institution besteht aus 125 Abgesandten. Da hat jeder Abgesandte eine Funktion. Ich gehöre zu denjenigen, die alle Variationen des Wahlrechts erlebt haben. Der Kampf um das Proporzsystem hat eine lange Geschichte. Der Übergang zum doppelten Pukelsheim ist ein entscheidender Fortschritt gewesen. Die zusätzliche Hürde des Quorums ist nicht zielführend. Ich war 12 Jahre ohne Fraktion in diesem Parlament und konnte mir so viel Anerkennung verschaffen, dass ich ausnahmsweise in eine Kommission kommen durfte. Eine einzelne Person kann in diesem Rat eine Funktion wahrnehmen. Ich habe 16 Jahre mit Fraktionsgemeinschaften erlebt. Die Verhältnisse waren nicht immer einfach, aber produktiv. Reibungen gehören zur Politik. Viele Gruppierungen, die hier im Rat sitzen, waren früher Newcomer, die von den Etablierten misstrauisch beäugt worden sind. Das Wahlrecht sollte einer Gruppierung zumindest die Chance geben, in den Gemeinderat zu kommen. Die Leute bewerten durchaus, ob ein Newcomer eine Chance auch ein zweites Mal verdient. Ich finde das Denken, dass wir eine Institution sind, die ihr System verteidigen muss, bedenklich. Wir haben eine Exekutive, die nach dem Majorzsystem gewählt wird. Diese ist zu einer funktionierenden Zusammenarbeit verpflichtet. Ich habe verschiedene Mehrheiten hier im Rat erlebt. Die Zeiten, als es absolute Mehrheiten gab, habe ich nicht als besonders konstruktiv erlebt. Eine Umkreisung der Wahlkreise ist an sich vernünftig, aber wir dürfen in diese Abstimmung keine weiteren Elemente einfügen.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Man sollte unser Wahlsystem nicht von Anfang an so schlecht reden. In den Ländern, in denen vom Mehrheits- zum Verhältniswahlrecht übergegangen worden ist, gab es einen Mehrgewinn aus diesem Übergang. In den Mehrheitswahlkreisen ist es so, dass ein Grossteil der Stimmen nicht gezählt wird. Es wird strategisch gewählt, man wählt die Parteien, die eine Chance haben. Bei uns wurde durch den Übergang ein qualitativer Sprung gemacht. Man kann nicht sagen, dass alle Stimmen für die Parteien, die nicht gewählt wurden, sinnlos sind. Man kann panaschieren. Wenn man panaschiert, sind alle Stimmen, die jemand anderem gegeben werden, nicht wertlos. Damit kann jemand eine Chance erhalten, gewählt zu werden. Auf kantonaler Ebene hängt es teilweise an einer einzigen Stimme. Bei den kleineren Parteien müsste das Panaschieren gepflegt werden. Es ist möglich, dass Parteienvielfalt eine Ideenvielfalt fördert. Diese Ideenvielfalt kann es auch innerhalb einer Partei geben. Die Kreativität wird nicht durch die Parteienvielfalt eingeschränkt oder gefördert. In Berlin wurden die Piraten gewählt und fielen eine Legislaturperiode später wieder heraus, weil sie nicht viel geleistet haben. Durch Fraktionen mit einer gewissen Grösse wird die Arbeit effizienter. Wir leisten eine grosse Arbeit im Parlament und den Kommissionen. Wir

machen das sicher nicht für das Sitzungsgeld. Es braucht sehr viel Idealismus, um sich hier zu engagieren. Man kann sich fragen, ob wir die Fähigsten sind. Dies würde voraussetzen, dass die Fähigsten auf die Listen kommen. Wenn sich fähige Leute neben dem Beruf politisches Engagement nicht leisten können, ist es ein Glücksfall, wenn wir fähige Leute bekommen. Deshalb ist es wichtig, die Arbeit effizient zu gestalten. Andernfalls schliessen wir viele qualifizierte Personen von vornherein aus. Das jetzige System ist sehr sinnvoll. Wir brauchen keine Zersplitterung, welche die gemeinsame Arbeit erschwert.

Roger Liebi (SVP): *Die Diskussion ist spannend. Es wurde von der Arroganz der Macht gesprochen. Es kann nicht so arrogant sein, wenn die Vertreter der Partei in die Regierung gewählt werden. Es wird davon gesprochen, den Willen des Volks und der Quartiere abzubilden. Wenn wir die Debatten betrachten, gab es in den letzten Monaten keine Quartierthemen. Von einer Abbildung des Quartiers kann nicht die Rede sein. Es ist eine Tatsache, dass die EVP in einem Stadtkreis gut ist. Im Kreis 12 trat sie überhaupt nicht an, in anderen Stadtkreisen hatte sie zwischen 0,8 und 1 % Wählerstimmen. Bildet das die Bevölkerung ab? Wir haben das Proporzwahlrecht. Die Kleinstparteien haben keinen proportionalen, sondern einen überproportionalen Anteil an den Entscheidungen. Ich kann mich nicht erinnern, dass beim Budget um Mehrheiten gekämpft wurde. Mit einer einzelnen Person wurde aber ausgiebig verhandelt. So haben Einzelpersonen und Kleinstparteien einen überproportionalen Einfluss. Stimmen für kleine Parteien sind wesentlich mehr wert. Die heutige Hürde ist richtig. Ich bin für einen Einheitswahlkreis, weil andere Problemstellungen bestehen. Dann könnten wir über die Prozenzhürde reden.*

Mario Mariani (CVP): *Ich habe angesichts der Debatte Zweifel daran, dass die fähigsten Leute in diesem Rat sind. Wir diskutieren über die Ausgestaltung des Proporzwahlrechts. Dieses hat eine lange Geschichte. Wir haben es Mathematikern zu verdanken, dass wir ein fast perfektes System haben. In anderen Kantonen ist das nicht so. Das Volk war klüger als die Parteien und stimmte dem doppelten Pukelsheim zu. Der Wählerwille muss abgebildet werden und der doppelte Pukelsheim bildet den Wählerwillen perfekt ab, sofern es diese künstliche Hürde des Quorums nicht gibt.*

Martin Luchsinger (GLP): *Ich möchte den Parteien, welche die Initiative ablehnen, ins Gewissen reden. Wir reden hier darüber, wie die Bevölkerung hier im Parlament abgebildet werden soll. Warum darf ein Mensch, der 700 Stimmen holen kann, nicht im Parlament sein, weil er sich keiner grossen Partei angeschlossen hat? Warum würde uns dies schaden? Warum würde die Verbindung verschiedener Ideen in einer Fraktion schaden? Es muss auch die Meinung derjenigen vertreten sein, die die EVP gewählt haben. Demokratie kann verschieden interpretiert werden. Die FDP kämpft für den Wettkampf der Ideen. Warum fürchtet ihr euch davor, dass es mehr Ideen geben könnte, an denen man sich messen könnte? Die SP setzt sich an allen Orten für Gerechtigkeit und Ausgleich an. Soll evangelisch-politischen Menschen die Stimme nicht gegeben werden? Das Quorum ist eine künstliche Hürde. Die Gründe für das Quorum sind an den Haaren herbeigezogen. Es geht nicht darum, dass wir darüber bestimmen, wie das Parlament zusammengesetzt sein soll. Beim Parteiausschluss von Dr. Mario Babini (parteilos) befürchteten wir, dass das Parlament vor die Hunde geht. Das ist nicht pas-*

siert. Wir müssen miteinander reden, einander überzeugen. Bei Mehrheiten gibt es immer eine Minderheit, die verliert.

Martin Bürki (FDP): Ich möchte zunächst auf eine Aussage von Karin Rykart Suter (Grüne) eingehen. Jede Partei in der Parlamentsarbeit darf einen Antrag stellen. Das zu kritisieren ist fehl am Platz. Es wurde von der Arroganz der Elite gesprochen. Ich sehe das anders. Wenn man einer Kleinpartei einen Sitz im Parlament gibt, gaukelt man den Wählern vor, dass diese Partei im Parlament Einfluss besitzt. Aufgrund des Prozesses besitzt sie diesen Einfluss nicht, weil sie ihre Position spät einbringen kann. Wann sagt man jemandem, dass er anders vorgehen muss? Es ist fair, zu sagen, dass man keinen Vertreter im Parlament hat und deshalb eine andere Partei wählen soll.

Matthias Probst (Grüne): In der Regel wird die Demokratie hochgehalten. Uns ärgert, wenn der Stadtrat zu weit geht. Wenn es darum geht, das Parlament zu demokratisieren, spielen sich grosse Parteien als Antidemokraten auf. Es geht darum, Macht zu zementieren. Den Anderen werden möglichst viele Steine in den Weg gelegt. Die Kleinen können wachsen. Wir müssen neuen Bewegungen eine Chance geben, im Parlament mitzumachen. Parteien sind nicht statisch, die Parteienlandschaft verändert sich. Diesem dynamischen Prozess müssen wir Rechnung tragen. Das geht nicht, wenn man nur seine Macht zementieren will. Wir sind einen Schritt weitergegangen und haben einen Gegenvorschlag vorgebracht. Wir finden, dass das Wahlsystem mit den vielen Wahlkreisen nicht mehr zeitgemäss ist. Die Stadt, die Bewohner und die Behörden bewegen sich. Wir sind eine Stadt von Nomaden. Es ist nicht sinnvoll, Wahlkreise künstlich aufrecht zu erhalten. Ich bin Vertreter des Einheitswahlkreises, der Gegenvorschlag ist ein Kompromissvorschlag. Wir sind ein städtisches Parlament und benötigen auch gesamtstädtische Vertreter. Die Vertreter des Gemeinderats profitieren nicht vom heutigen System. Die eigentliche Machtpartei ist die GLP oder Dr. Mario Babini (parteilos) als Einzelperson. Wenn wir mehr Parteien im Parlament hätten, könnten wir verschiedene Koalitionen schmieden. Durch Dr. Mario Babini (parteilos) gilt wieder das bessere Argument, was eine gewisse Demokratisierung mit sich bringt. Wenn es mehr Parteien gibt, die mit sich reden lassen, steigt die Chance, dass die besseren Argumente gewinnen. Ich würde gerne weitergehen und das Ausländerstimmrecht und das Stimmrechtsalter 0 einführen. Auch da gibt es Bevölkerungsgruppen, die nicht berücksichtigt werden. Machen wir uns fit für die Zukunft, andernfalls sind wir überflüssig.

Alan David Sangines (SP): Wir haben vorher vom Fall des Kreises 9 gehört, in dem wir wegen der EVP einen Sitz zunächst verloren hatten. Ich bin aus demokratiepolitischen Gründen für die Initiative. Ich habe immer versucht, junge Leute zu mobilisieren. Dort sieht man immer die Politikverdrossenheit. Mit der 5-Prozent-Hürde verstärken wir das. Ich sehe mich als SP-Vertreter als Vertreter der Minderheiten. Wenn sich ein Hundeliebhaber von einer Hundepartei besser vertreten fühlt als von uns, dann konnten wir ihn nicht ausreichend überzeugen. Jeder soll denjenigen wählen, von dem er sich vertreten fühlt. Wir haben heute sachliche und weniger sachliche Argumente gehört. Unser Fraktionspräsident hat gute Argumente vorgebracht. Der Ratsbetrieb würde schwerfälliger, wurde gesagt. Das ist nicht zutreffend. Der Ratsbetrieb würde vielfältiger und interessanter. Man müsste sich mehr um Stimmen bemühen. Dr. Mario Babini (parteilos) ist ein

hervorragendes Beispiel. Man kann mit ihm reden. Man spricht im Rat nicht nur zu den Medien, man kann sich gegenseitig überzeugen. In der letzten Budgetdebatte hatte Dr. Mario Babini (parteilos) im Vorfeld keine Meinung und entschied sich im Rat aufgrund der Qualität der Argumente. Wir müssen die Wählerinnen und Wähler überzeugen. Wir müssen sagen, dass es unser Fehler ist, wenn wir bei Abbau der Hürde verlieren. Wir müssen besseren Wahlkampf betreiben und gute politische Arbeit leisten. Wir benötigen keine künstlichen Hürden.

Marcel Bührig (Grüne): *Viele Argumente der Gegenseite betreffen die Effizienz des Betriebs. Dies hat nichts mit der Anzahl vertretener Parteien zu tun. Es sind immer 125 Personen im Rat. Die Frage, ob das Parlament effizient ist, hängt davon ab, ob man miteinander arbeiten und Kompromisse eingehen kann. Dies macht die Effizienz des Parlamentsbetriebs aus. Wir waren auch einmal Anfänger in diesem Parlament. Auch Anfänger können diesen Rat bereichern. Es ist auch nicht so, dass bei Abschaffung der Hürde alle etablierten Parteien bei der nächsten Wahl 10 % verlieren. Es wird sich nicht allzu viel verändern. Wir haben 5,67 % der Stimmbevölkerung, die jetzt nicht im Rat vertreten sind. Auch diese Stimmen sollten gehört werden. Man kann es nicht anders nennen als Arroganz der Macht. Es ist Sache der Stimmbevölkerung, darüber zu entscheiden, wie viele Parteien es braucht. Die Fünf-Prozent-Hürde ist undemokratisch. Kleinstparteien sind auch in Deutschland in Fraktionen eingebunden. Eine Demokratie muss abweichende Meinungen vertragen, auch wenn sie von Kleinstparteien kommen. Bei der EVP geht es nicht um eine Kleinstpartei. Heute könnten wir den Weg für diese Volksinitiative und den Gegenvorschlag ebnen. Die Kleinen schaden uns nicht. Sie helfen uns, neue Ideen zu bringen.*

Florian Utz (SP): *Ich spreche für den Teil der sozialdemokratischen Fraktion, welche die Initiative ablehnt. Wir tun dies nicht aus Geringschätzung der Demokratie. Wir tun dies auch aus Demut vor Volksentscheiden. 5,67 % der Bevölkerung würden nicht hinreichend berücksichtigt, argumentieren die Befürworter. 2011 haben 64,9 % der Bevölkerung eine Senkung des Quorums auf 2 % abgelehnt. Wir glauben, es wäre falsch, fast zwei Dritteln der Bevölkerung keine Stimme zu geben. Ich möchte auf drei Aspekte eingehen, die in der Debatte vorgebracht wurden. Die CVP hat darauf hingewiesen, dass der Anteil der unberücksichtigten Stimmbevölkerung steigen könnte. Wenn sich die CVP Sorgen macht, am Quorum zu scheitern, dann muss sie die eigene Politik in Frage stellen. Die GLP forderte, dass jeder Mensch eine Stimme braucht. Das ist ganz klar so. Die Frage ist, ob jede Stimme auch zu einem Sitz werden muss. Diese Frage muss verneint werden. Es gibt immer eine Hürde. Bei Annahme der Initiative liegt die Hürde bei 0,6 %. Das heutige System ist bewährt und funktioniert. Parteien, welche das Quorum erreichen, können sich auch in den Kommissionen einbringen und von Anfang an mitdiskutieren. Auf das Votum von Urs Fehr (SVP), der sich freute, dass die EVP ausgeschieden ist, kann ich antworten, dass ich mich darüber nicht gefreut habe. Es kann sich aber nicht die Frage stellen, ob das Ausscheiden einer Partei als erfreulich empfunden wird. Wir müssen uns fragen, ob das System besser funktioniert, wenn wir es ändern. Das heutige System funktioniert in einer Weise, dass neue Parteien den Sprung ins Parlament schaffen können. So funktioniert Demokratie.*

Karin Rykart Sutter (Grüne): Wir haben viele Argumente gehört. Unter anderem wurde mit der Lesbarkeit des Parlaments argumentiert. Damit das auch heute gegeben ist, beantrage ich Namensaufruf für die Abstimmung.

Markus Hungerbühler (CVP): Gewisse Aussagen können nicht unwidersprochen bleiben. Die Parteien, die sehr stark am bisherigen System festhalten, sind diejenigen, die von der Einführung des Parteienproporz profitiert haben. Dies ist schon lange her. Generell muss festgehalten werden, dass bei dieser ganzen Diskussion gewisse Fehlüberlegungen bestehen. Es ist nicht unsere Aufgabe, zu entscheiden, wer ins Parlament gelangen darf. Wir geben niemandem einen Sitz. Das Volk entscheidet. Das Volk wird das Parlament zusammensetzen. Deshalb ist die Hürde falsch. Wir sind kein Gremium, das sich selbst wählt. Das Volk entscheidet bei Wahlen. Wir haben die Entscheide des Volkes zu respektieren.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Ich verzichte auf mein Votum und verweise auf die klaren Abstimmungsergebnisse von 2004 und 2011 sowie auf den Inhalt der stadträtlichen Weisung.

Änderungsantrag

Die Mehrheit des Büros beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Die Volksinitiative «Faires Wahlrecht für Züri – jede Stimme zählt!» vom 25. September 2014 wird angenommen.

Die Minderheit des Büros beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

| | |
|-------------|--|
| Mehrheit: | Markus Hungerbühler (CVP), Referent; Ezgi Akyol (AL), Karin Meier-Bohrer (Grüne), Mark Richli (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Matthias Wiesmann (GLP) |
| Minderheit: | 2. Vizepräsident Martin Bürki (FDP), Referent; Präsident Roger Bartholdi (SVP), Martin Götzl (SVP), Albert Leiser (FDP), |
| Enthaltung: | 1. Vizepräsident Dr. Peter Küng (SP), Duri Beer (SP), Dr. Davy Graf (SP) |

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 51 gegen 69 Stimmen ab.

Änderungsantrag, neue Dispositivpunkte A2 und B (Antrag des Stadtrats wird zu Dispositivpunkt A1)

Die Mehrheit des Büros beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit des Büros beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

12 / 17

A2. Die nachstehende Vorlage wird als Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Faires Wahlrecht für Züri – jede Stimme zählt!» vom 25. September 2014 beschlossen:

Art. 4 Absatz 2, Gemeindeordnung (GO, AS 101.100) wird wie folgt geändert:

²Für die Gemeinderatswahlen bilden die Stadtkreise 1, 2, 3, 4, 5 und 9 einen Wahlkreis, die Stadtkreise 6, 7, 8 und 10 einen Wahlkreis und die Stadtkreise 11 und 12 einen Wahlkreis.

Art. 23 Absatz 4, Gemeindeordnung (GO, AS 101.100) wird wie folgt geändert:

⁴Jede Listengruppe gemäss kantonalem Recht nimmt unabhängig vom Erreichen des Quorums gemäss §102 Abs. 3 des Gesetzes über die politischen Rechte an der Sitzverteilung teil.

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz:

Die Volksinitiative und der Gegenvorschlag werden den Stimmberechtigten gleichzeitig zur Abstimmung unterbreitet.

| | |
|-------------|---|
| Mehrheit: | 2. Vizepräsident Martin Bürki (FDP), Referent; Präsident Roger Bartholdi (SVP), 1. Vizepräsident Dr. Peter Küng (SP), Ezgi Akyol (AL), Duri Beer (SP), Martin Götzl (SVP), Dr. Davy Graf (SP), Albert Leiser (FDP), Mark Richli (SP), Matthias Wiesmann (GLP) |
| Minderheit: | Karin Rykart Sutter (Grüne), Referentin; Markus Hungerbühler (CVP), Karin Meier-Bohrer (Grüne) |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Ratspräsident Roger Bartholdi (SVP) beantragt folgende Änderung des Antrags des Stadtrats:

Die Volksinitiative «Faires Wahlrecht für Züri – jede Stimme zählt!» vom 25. November ~~September~~ 2014 wird abgelehnt.

Der Rat stimmt dem Antrag des Ratspräsidenten Roger Bartholdi (SVP) stillschweigend zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit des Büros beantragt Zustimmung zum bereinigten Antrag des Stadtrats.

13 / 17

Die Minderheit des Büros beantragt Ablehnung des bereinigten Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Markus Hungerbühler (CVP), Referent; Ezgi Akyol (AL), Karin Meier-Bohrer (Grüne), Mark Richli (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Matthias Wiesmann (GLP)
 Minderheit: 2. Vizepräsident Martin Bürki (FDP), Referent; Präsident Roger Bartholdi (SVP), Martin Götzl (SVP), Albert Leiser (FDP),
 Enthaltung: 1. Vizepräsident Dr. Peter Küng (SP), Duri Beer (SP), Dr. Davy Graf (SP)

Karin Rykart Sutter (Grüne) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Karin Rykart Sutter (Grüne) mit 108 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Aufgrund der vorangehenden Abstimmungen bringt der Ratspräsident die Anträge wie folgt zur Abstimmung.

Die Mehrheit entspricht Zustimmung zum Antrag des Stadtrats (Ablehnung der Volksinitiative).

Die Minderheit entspricht Ablehnung des Antrags des Stadtrats (Zustimmung zur Volksinitiative).

Abstimmung gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR:

| Abstimmungsprotokoll | | | | |
|-----------------------------|-------------|----------------|---------------|---------------|
| Platz# | Name | Vorname | Partei | Stimme |
| 138 | Anken | Walter | SVP | JA |
| 087 | Akyol | Ezgi | AL | NEIN |
| 084 | Angst | Walter | AL | NEIN |
| 013 | Aubert | Marianne | SP | JA |
| 092 | Babini | Mario | parteilos | NEIN |
| 137 | Balsiger | Samuel | SVP | JA |
| 063 | Bär | Linda | SP | JA |
| 001 | Bartholdi | Roger | SVP | JA |
| 098 | Baumann | Markus | GLP | NEIN |
| 168 | Baumer | Michael | FDP | JA |
| 018 | Beer | Duri | SP | JA |
| 114 | Bertozzi | Roberto | SVP | JA |
| 037 | Bieri | Cordula | Grüne | NEIN |
| 133 | Bodmer | Onorina | FDP | JA |
| 031 | Brander | Simone | SP | NEIN |
| 119 | Brunner | Alexander | FDP | JA |
| 051 | Bührig | Marcel | Grüne | NEIN |

| | | | | |
|-----|--------------|--------------|-------|------|
| 165 | Bünger | Pablo | FDP | JA |
| 003 | Bürki | Martin | FDP | JA |
| 176 | Bürlimann | Martin | SVP | JA |
| 033 | Denoth | Marco | SP | JA |
| 009 | Diggelmann | Simon | SP | JA |
| 061 | Edelmann | Andreas | SP | NEIN |
| 004 | Egger | Heidi | SP | JA |
| 167 | Egger | Urs | FDP | JA |
| 130 | Egli | Andreas | FDP | JA |
| 030 | Egloff | Mathias | SP | NEIN |
| 127 | Fehr | Urs | SVP | JA |
| 008 | Fischer | Renate | SP | JA |
| 015 | Frei | Dorothea | SP | NEIN |
| 044 | Früh | Anjushka | SP | JA |
| 099 | Garcia | Isabel | GLP | NEIN |
| 161 | Gautschi | Adrian | GLP | -- |
| 027 | Glaser | Helen | SP | JA |
| 135 | Götzl | Martin | SVP | -- |
| 020 | Graf | Davy | SP | JA |
| 088 | Guggenheim | Eduard | AL | NEIN |
| 048 | Helfenstein | Urs | SP | JA |
| 072 | Hirsiger | Eva | Grüne | -- |
| 011 | Huber | Patrick Hadi | SP | JA |
| 005 | Hug | Christina | Grüne | NEIN |
| 143 | Hungerbühler | Markus | CVP | NEIN |
| 160 | Hüni | Guido | GLP | NEIN |
| 116 | Huser | Christian | FDP | JA |
| 175 | Hüssy | Kurt | SVP | JA |
| 108 | im Oberdorf | Bernhard | SVP | JA |
| 123 | Iten | Stephan | SVP | JA |
| 039 | Kälin | Simon | Grüne | NEIN |
| 014 | Käppeli | Hans Jörg | SP | JA |
| 086 | Kirstein | Andreas | AL | NEIN |
| 025 | Kisker | Gabriele | Grüne | NEIN |
| 118 | Kleger | Thomas | FDP | JA |
| 026 | Knauss | Markus | Grüne | NEIN |
| 147 | Kobler | Raphael | FDP | JA |
| 045 | Kraft | Michael | SP | JA |
| 102 | Krayenbühl | Guy | GLP | NEIN |
| 002 | Küng | Peter | SP | NEIN |
| 071 | Kunz | Markus | Grüne | NEIN |
| 068 | Kurtulmus | Muammer | Grüne | NEIN |

| | | | | |
|-----|-------------------|---------------|-------|------|
| 066 | Lamprecht | Pascal | SP | JA |
| 158 | Landolt | Maleica | GLP | NEIN |
| 134 | Leiser | Albert | FDP | JA |
| 081 | Leitner Verhoeven | Andrea | AL | NEIN |
| 121 | Liebi | Roger | SVP | JA |
| 149 | Luchsinger | Christoph | FDP | JA |
| 101 | Luchsinger | Martin | GLP | NEIN |
| 082 | Maino | Rosa | AL | NEIN |
| 201 | Manser | Joe A. | SP | JA |
| 042 | Manz | Mathias | SP | JA |
| 163 | Mariani | Mario | CVP | NEIN |
| 154 | Marty | Christoph | SVP | JA |
| 069 | Meier-Bohrer | Karin | Grüne | NEIN |
| 104 | Merki | Markus | GLP | NEIN |
| 140 | Monn | Thomas | SVP | JA |
| 024 | Moser | Felix | Grüne | NEIN |
| 152 | Müller | Marcel | FDP | JA |
| 173 | Müller | Rolf | SVP | JA |
| 096 | Nabholz | Ann-Catherine | GLP | NEIN |
| 032 | Näf | Ursula | SP | JA |
| 125 | Osbahr | Thomas | SVP | JA |
| 058 | Papageorgiou | Kyriakos | SP | JA |
| 115 | Pflüger | Severin | FDP | JA |
| 052 | Prelicz-Huber | Katharina | Grüne | NEIN |
| 073 | Probst | Matthias | Grüne | NEIN |
| 157 | Regli | Daniel | SVP | JA |
| 006 | Richli | Mark | SP | NEIN |
| 111 | Richter | Derek | SVP | JA |
| 021 | Rothenfluh | Gabriela | SP | JA |
| 097 | Roy | Shaibal | GLP | NEIN |
| 145 | Rudolf | Reto | CVP | NEIN |
| 054 | Rykart Sutter | Karin | Grüne | NEIN |
| 010 | Sangines | Alan David | SP | NEIN |
| 065 | Savarioud | Marcel | SP | -- |
| 141 | Schatt | Heinz | SVP | JA |
| 077 | Scherr | Niklaus | AL | NEIN |
| 178 | Schick | Peter | SVP | -- |
| 089 | Schiller | Christina | AL | NEIN |
| 083 | Schiwow | Michail | AL | NEIN |
| 049 | Schmid | Marion | SP | NEIN |
| 170 | Schmid | Michael | FDP | JA |
| 146 | Schoch | Elisabeth | FDP | JA |

| | | | | |
|-----|-------------|-------------|-----|------|
| 156 | Schwendener | Thomas | SVP | JA |
| 041 | Seidler | Christine | SP | JA |
| 019 | Silberring | Pawel | SP | JA |
| 151 | Simon | Claudia | FDP | JA |
| 107 | Sobernheim | Sven | GLP | NEIN |
| 017 | Speck | Roger-Paul | SP | JA |
| 171 | Steger | Heinz F. | FDP | JA |
| 046 | Steiner | Jonas | SP | JA |
| 034 | Strub | Jean-Daniel | SP | NEIN |
| 035 | Tobler | Marcel | SP | JA |
| 150 | Tognella | Roger | FDP | JA |
| 162 | Traber | Christian | CVP | NEIN |
| 105 | Trevisan | Guido | GLP | NEIN |
| 166 | Tschanz | Raphaël | FDP | JA |
| 183 | Urben | Michel | SP | JA |
| 110 | Urech | Stefan | SVP | JA |
| 120 | Uttinger | Ursula | FDP | JA |
| 047 | Utz | Florian | SP | JA |
| 144 | Vogelbacher | Reto | CVP | NEIN |
| 062 | von Matt | Hans Urs | SP | JA |
| 129 | Weyermann | Karin | CVP | NEIN |
| 113 | Widmer | Katharina | SVP | JA |
| 028 | Wiesmann | Barbara | SP | NEIN |
| 095 | Wiesmann | Matthias | GLP | NEIN |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 51 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Zuhanden der Gemeinde:

Die Volksinitiative «Faires Wahlrecht für Züri – jede Stimme zählt!» vom 25. November 2014 wird abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 5. Oktober 2016 gemäss Art. 10 der Gemeindeordnung

17 / 17

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat